

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsbestellern auch in allen Klassen erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat (mit Post 2 RM, halbjährlich 10 RM); durch die Post bezogen monatlich
angegeben 2,20 RM. Ist die Postkasse nicht angeschlossen, beträgt der Preis 1,25 RM.
2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-21, / Geschäftsstelle und Expedition:
Elisenstraße 2 / Fernsprecher-Sammelnummer 17259 / Postfachkonto Dresden Nr. 13553, Emil Schlegel-
straße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / Im Falle höherer
Einzeltelung: Dresden-21, Elisenstraße 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschluß: „Arbeiter-
stimme“ Dresden / Ebrechtshafen der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gestrichelte Nonpareilzeile oder deren Raum 0,30 RM, für Familien-
anzeigen 0,20 RM. Ist die Postkasse nicht angeschlossen, beträgt der Preis 1,25 RM.
Zwanzig-Tage-Anzeigen tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-21, Elisenstraße-
2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / Im Falle höherer
Einzeltelung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang

Dienstag, den 25. Januar 1927

Nummer 20

Eingeständnis des Bankrotts Die SPD-Presse über die Pleite der Koalitionspolitik

Berlin, den 24. Januar 1927.

Unerschütterlich sind die Mandate der Zentrumspresse, um den wahren Charakter ihrer Partei vor den Massen zu verschleiern. Die Montagblätter melden, daß Marx die Absicht habe, „mit ungelassenen Händen die Sozialdemokratie heranzuführen“; einmal die sie zu den vom Zentrum gestellten Fragen stände, und dann, ab sie bereit sei zusammen mit den Parteien, die diese Fragen bejahen, in die Regierung einzutreten.

Möglicherweise wird Herr Marx diese Fragen nicht an die Sozialdemokraten richten. Es ist aber bezeichnend, daß die Meldung überhaupt auftauchen kann, und daß es durchaus möglich scheint, daß das Zentrum noch diesen „Telemarsch“ (die tägliche Rundschau schrieb am 23. Januar mit Recht über das Zentrumsmantel: „Reicht kann es dem Zentrum immerhin nicht gefallen sein, diesen selbst in seiner Geschichte bemerkenswerten Telemarsch zu machen!“) auszuführen würde, und daß es ebenfalls durchaus möglich und glaubhaft erscheint, man könne der Sozialdemokratie zumuten, sie würde auch diese Fragen noch einmal bis an die Grenze der Selbstaufopferung gehend, beantworten.

Wenn man das Echo der sozialdemokratischen Presse im Hinblick auf die Bildung der Bürgerblockregierung verfolgt, dann bereitet man sich auf das Schlimmste vor, was die bisherigen Zustände noch diese Verhöhnung anfügen, überhaupt aufzutreten kann. Die sozialdemokratischen Blätter entblenden sich nicht, zum Teil den vollen Wortlaut des Zentrumsmantels abzuverleihen und zum allergrößten Teil mit Kommentaren zu versehen, deren gemeinlicher Ton abgestimmt ist auf eine Art Beschönigung an das Zentrum, losgelassen in letzter Stunde auf seine Pflichten als „Linienpartei“ zu besinnen. Einzelne Blätter, wie zum Beispiel die „Schlesische Volksstimme“, gehen dabei so weit, im Schamloseren dem Zentrum mit seinen bligen Worten: „im letzten Augenblicke zur Republik, zur Verständigungspolitik“ zu rufen und befriedigt, „einige warme Gefühlskissen...“ manches für eine bürgerliche Partei achtbares Wort“ herauszuholen. Am Tage nach dem entscheidenden Einschwenken des letzten Pleites einer gelegentlichen Koalitionspolitik mit der SPD in die Hindenburg-Front, ist es immerhin selbst für die deutsche Sozialdemokratie ein beachtenswertes Vakuumstück.

Und dieses Vakuumstück wird noch bemerkenswerter, wenn gleichzeitig im Zentralorgan der SPD, im Vorwärts, eine Stimme laut wird, die enthüllt, daß unter den führenden Pleites dieser Partei einigermaßen Klarheit über die ökonomischen und politischen Hintergründe des „Unfalls“ des Zentrums, der Bildung der Bürgerblockregierung vorhanden ist. Die offiziellen Feststellungen des sonntäglichen Leitartikels im Vorwärts bejahen sich allerdings mit der kummervollen Prophezeiung, daß „soweit der Augenblick reicht“, das Zentrum sich jetzt doch ungenügend in den Bürgerblock hineinmanifestierte, und sie werden, wie die gesamte Provinzpresse in einer letzten Beschwörung an den Reichsbannerkameraden Joseph Wirth, mit einer impliziten Warnung vor der Rebellion der christlichen Arbeiter. Zuletzt aber enthält die gleiche Nummer des Vorwärts einen bemerkenswerten Artikel in der Beilage „Von der Wirtschaftspolitik zur Staatskrise“, aus dem hervorgeht, daß das offizielle Schreibstück nur ein Verlegenheitsprodukt von Bankrottschreibern ist, die angesichts der realen Tatsachen den völligen Zusammenbruch ihrer Verräterpolitik erkannt haben. Der angeführte Artikel zeigt eine verhältnismäßig genaue Kenntnis der wirtschaftlichen Hintergründe der Bürgerblockpolitik. Der Stellungswort der Industrie 4 Monate nach dem Elberbergmandat wird richtig „nicht aus den Reden, sondern aus den Hauptbüchern der Industrie“ erklärt. Das Ende des englischen Bergarbeiterstreiks, die nicht erzielte Verständigung mit der englischen Kohlenindustrie, die getragenen Erwartungen über den Anschlag Englands an das Kohlestarke, die Kampfanlage Englands „bis aufs Blut“ um die Märkte, die Stabilisierung der lateinischen Währungen und der Verlust ihrer Dumpingfähigkeit, alles das wird mit Recht für den Umschwung in den Reihen des Schwerkapitals angeführt, das in keinem Kampf um den Weltmarkt, noch dazu im Augenblicke schwerster Konkurrenz zwischen Kali und Chemie, Kohle und Chemie, Zement und „öffentlicher Hand“ im Inland, nur in der weitesten Berücksichtigung der Ausbeutung und in einer Festigung seiner Machtstellung in der Bürgerblockbildung eben einen Ausweg sah. Um die Schlüsselfrage des Machtkampfes, die völlig unbeschränkte Herrschaft „über den Staat“ handele es sich heute für die Bourgeoisie, meint der Artikel, und deshalb stehe nicht nur die Frage Republik oder Monarchie, sondern die Frage, „ob kapitalistische oder soziale Demokratie“. Es ist nicht wichtig, daß der Reformist, der im Vorwärts diesen Artikel geschrieben hat, den Lesern einreden will, die Entscheidung für den Bürgerblock falle auch, weil die Schwerindustrie erkannt habe, daß der „Wirtschaftshilfsgeist der Arbeiterschaft droht, den Staat zu erobern, die Machtpositionen des Staates, den sozialen Fortschritt zu sichern, um der sozialen Reaktion so oder so für immer die Türe zu verschließen.“ Wir lassen ihm das traurige Vergnügen, am Tage des Eingeständnisses des reformistischen Bankrotts, dieses Geständnis mit großmütigen Redensarten zu verschleiern. Wir halten fest, daß auch der rechte Flügel der deutschen Sozialdemokratie durchaus die Lage überseht und das Scheitern der sozialdemokratischen Politik einsehend, wenn er es auch nicht zugibt, wenn er auch das reformistische Verbrechen fortsetzen wird, da es für die Verräterpartei keinen Rückweg gibt.

Den verschiedensten Geständnissen des Vorwärts reihen sich einige vergleichenswerte offenere Geständnisse in der „linken“ sozialdemokratischen Presse an. So in den sächsischen Blättern, in der Frankfurter Volksstimme usw. Unter diesen Stimmen sei nur eine festgehalten: Die Frankfurter Volksstimme schreibt:

„Die Politik der Sozialdemokratie kann nun nicht mehr zögern, die Konsequenzen zu ziehen, die ihr die Lage vorschreibt. Die Lage macht freilich nur offenbar, was längst vorhanden war: daß nämlich die deutsche Bourgeoisie mit Ausnahme der Demokraten, auf die man verzichtet, weil man sie nicht nötig hat, im wesentlichen einig ist... Die Politik, die unsere Reichstagsopposition Jahr und Tag betrieben hat, ist gescheitert. Von der Großen Koalition ist in seinem Stadium der Krise auch nur die Rede gewesen. Der Reichspräsident hat es nicht einmal für nötig gehalten, Vertreter der Sozialdemokratie überhaupt zu empfangen, um sich von ihnen über ihre Wünsche unterrichten zu lassen. Alle Zugeständnisse, selbst das Angebot, eine neue Regierung der Mitte unter weitgehendem Bezugs auf die eigenen Forderungen zu unterstellen, sind also umsonst gewesen. Die Politik des Behaltens hat nichts genützt. Selbst das größere Uebel, um dessen willen wir so viele kleine geklämt haben, ist eingetreten. Jahrzehntlang hat die Partei fast alle sozialistischen und sehr viele demokratische Notwendigkeiten zurückgestellt, um den Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung zu verhindern. Sie hat damit nur erreicht, daß die Bourgeoisie ihre Herrschaft derart befestigen konnte, daß der Eintritt der Deutschnationalen fast ohne Schwierigkeiten vollzogen kann. Wir sind mit dieser Politik fast dorthin gekommen, wo wir 1914 waren.“

Ein überzeugendes, umfassendes und vernichtendes Eingeständnis des sozialdemokratischen Bankrotts ist von Sozialdemokraten in Deutschland noch nie ausgesprochen worden. Die Frankfurter Volksstimme fordert im Anschluß an dieses historische Geständnis Rückkehr der Sozialdemokratie zum Klassenkampf, nicht nur zur parlamentarischen Opposition. Wir haben nicht das geringste Vertrauen zur Frankfurter Volksstimme und den anderen „linken“ Führern, die jetzt, nachdem sie in der entscheidenden Frage die Bankrottspolitik ihrer Partei gebildet haben, weil sie bisher auch da und dort eine oppositionelle Haltung einnehmen, als die ersten Frontdeure der geschlagenen Armee der Sozialdemokratie auftreten. Aber wir erkennen in ihrer Bankrotterklärung und in ihrem Ruf: Zurück zum Klassenkampf! ein Signal für den Umschwung, der sich unaußersam in den Reihen der SPD-Mitgliedschaft vollzieht. Wir Kommunisten werden daher jetzt mit doppelter Verantwortung und mit doppelter Energie gegen den Bürgerblock und die sozialdemokratischen Bankrottschreibe proletarische Einheitsfront organisieren mit all denjenigen, die ernstlich von der bisherigen reformistischen Verblendung sich abwenden und dies durch konkrete Beweise bezeugen wollen.

Die Sozialdemokratische Partei wirft weiter die Rußlanddelegierten hinaus

Wreslau, 25. Jan. (Eig. Drahtmeldung.)

Der sozialdemokratische Parteivorstand hat den Rußlanddelegierten M. Beller, Mitglied des Bezirksvorstandes bei der Reichsbahnleitung, aus der SPD ausgeschlossen.

Sieg der Opposition

Sankt, 25. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

Die am 23. Januar stattgehabende Generalversammlung des DMR brachte einen vollen Oppositionssieg.

Oppositioneller Erfolg im Schuhmacherverband

In der am 20. Januar stattgehabenden Generalversammlung des Schuhmacherverbandes, zahlreicher Selbsthelfer, wurden bei den Wahlen zur Devisenverwaltung alle Posten mit einer einzigen Ausnahme von den oppositionellen Kollegen besetzt.

Der Schiedspruch im Buchdruckgewerbe abgelehnt

Berlin, 25. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

Die am 24. Januar abends stattgehabende außerordentliche Generalversammlung der Berliner Buchdrucker lehnte einstimmig den bekannten Schiedspruch ab.

Das Zentralschiedsgericht hat unterm 18. Januar d. J. für das deutsche Buchdruckgewerbe einen Entschluß gefällt, der den bestehenden Lohnvertrag bis zum 31. März d. J. verlängert. Daraufhin lehnte die Arbeiterversammlung in der Tarifkommission diesen Entschluß ab, dem sich die Berliner Buchdrucker ebenfalls angeschlossen haben.

Landtagswahl in Thüringen

Sozialdemokratische Führer als Helfer des Ordnungsbundes — Die SPD lehnt die proletarischen Maßnahmen der Koalition.

In Thüringen erfolgt am 30. Januar die Wahl zum neuen Landtag. Der alte ist nach drei Jahren eines natürlichen Todes gestorben. — Thüringen erlebte das gleiche politische Schicksal wie Sachsen. Reichsmehrheitswahl 1923, Sturz der kommunistisch-sozialdemokratischen Regierung, Neuwahl des Landtages unter dem Protektorat des Generals Haase, unter dessen militärischer Mißhilfe die bürgerliche Mehrheit zustande kam, deren Ergebnis die Regierung des Ordnungsbundes war. Ein Weg durch drei Jahre Bürgerblockpolitik, gezeichnet mit dem Blut der von der Reichswehr erschossenen und mißhandelten Arbeiter; gezeichnet durch Verfolgungen und Verhaftungen revolutionärer Führer; durch Elend und Not, der durch die Thüringer Großindustriellen ausgebeuteten und auf die Straße geworfenen Proleten. Und nicht zuletzt auch gezeichnet durch den

Verrat der Thüringer sozialdemokratischen Führer in den Tagen des Reichswehrmarsches in ihrer Rolle als Wegbereiter des Ordnungsbundes und seiner dreißigjährigen Konsolidierung.

Die Zeit der Herrschaft des Ordnungsbundes ist eine der schmerzhaftesten in der Geschichte der Thüringer Arbeiterschaft; sie war es aber auch für den Mittelstand, für die Gewerbetreibenden, Handwerker und Kleinbauern. Der Ordnungsbund als Verkörperung der Bürgerspartei der kapitalistischen Nationalisierung hat im Thüringer Wirtschaftsleben geradezu katastrophal gewirkt. Ganze Industrien wurden lahmgelegt. In Zehntausenden wurden Arbeiter, Beamte und Angestellte dem Elend der Erwerbslosigkeit preisgegeben.

Die kapitalistische Thüringer Regierung hatte stets abgesehen, den Opfern der Nationalisierung zu helfen. Allein die kommunistische Partei ergriff die Initiative zur Linderung der Not. Sie mobilisierte die breiten Massen gegen die brutale Syndikus-Diktatur des Sattler-Regimes.

Mit immer mehr Steuern wurde die werktätige Bevölkerung belastet.

So wurden die Gelder erprecht, die man den acht Thüringer Fürsten in den Taschen warf.

Für die Erwerbslosen hatte man keinen Pfennig, für die Fürsten Millionen.

Nichts hat die Regierung getan, um diese dem Lande gehörenden Schätze zu retten. Bei dem Volksentscheid hat diese Regierung mit allen Mitteln die Interessen der Fürsten vertreten, obgleich Tausende von Angehörigen der Mittelschichten zugrunde gingen. Thüringen ist nicht umsonst das Land des „Prinzen“ Domela und seiner ordnungsbündlerischen Katastrophen.

Die Sozialdemokratie trägt die Rißschuld und trägt die volle Verantwortung für diese drei Jahre Ordnungspolitik, für alle Vorkommnisse und jegigen Zustände.

Der ehemalige sozialdemokratische Ministerpräsident Brülich war es, der 1923 die Reichswahl nach Thüringen rief, der die niedrigsten Salariatsklasse für den General Haase tat. Er ordnete die Verfolgung und Verhaftung der kommunistischen Führer, die Verpeilung und Bekämpfung der proletarischen Hunderttausenden an.

Pressensperre, Telefonüberwachung, Janux, besonders während des damaligen Wahlkampfes, fanden die Unterstützung der Thüringer Sozialdemokratie. Durch ihre Hilfe gewann der Ordnungsbund die Landtagsmehrheit! Mit ihrer Hilfe konnte die Sattler- und Leutheuhner-Regierung drei Jahre lang zur Niederwerfung der Arbeiterklasse rücksichtslos herrschen und die Forderungen der Werktätigen brutal mit Füßen treten. Die SPD-Führer lehnten mehrmals die Wählereinstimmigkeit der Kommunisten gegen die arbeitereindliche Regierung ab. Einem kommunistischen Antrag auf Verhängung der Thüringer Fürstenerbfolge verweigerte sie ihre Zustimmung. Diese Politik ist die Politik des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion der SPD.

Das verächtlichste Wahlrecht und der bloßartige Zusammenschluß des Landtages, der Deutschen Volkspartei zu einer Einheitsliste, auf deren Seite noch fünf weitere bürgerliche Parteien, wie Wirtschaftspartei, Nationalisten, Später usw. stehen, veranlassen die Kommunisten, eine Listenverbindung mit der SPD anzustreben. Diese Listenverbindung ist für die KPD nur ein technischer Akt, sollte kein Bündnis mit der Politik der Sozialdemokratischen Partei sein, sie ändere nichts an unserer Taktik gegenüber der SPD. Der KPD kam es ernstlich darauf an, auch das letzte Mittel zu versuchen, die Wiederkehr eines neuen Bürgerblock-Regimes zu verhindern. Nun hat die SPD den Arbeitern freilich gezeigt, daß sie nicht gewillt ist, eine solche Mehrheit zu verhindern; sie lehnt die Listenverbindung ab!